

folgender Brief aus Frankreich, den das „Saarbrücker Tageblatt“ veröffentlicht, zeigt deutlich, was eine Öffnung der Grenzen nützen würde:

„Ich möchte Ihnen eine kleine Beschreibung unserer jetzigen Verhältnisse in Frankreich machen. Bald vier Jahre sind es her, daß ich von Schlettstadt fort bin. In dieser Zeit hat sich vieles geändert. Die Lebensmittel sind noch teurer wie in Deutschland. Zum Beispiel kosteten vor 3 Jahren: das Schweinefleisch 12 und jetzt 22 Sous, Rindfleisch 7—8, jetzt 18—20 Sous (1 Sous = 4 S). Eier, Butter, überhaupt alle Marktwaren, sind hier teurer, Kartoffeln 2 Sous das Pfund, das macht 10 Franken der Zentner. Im März, vor 6 Monaten, haben wir den Hektoliter Wein zu 23 Franken gekauft und jetzt kostet er 47 und bis 55 Franken. In unserer Umgegend bis nach Bordeaux hat man keine gesunde Weere gefunden. Es bleibt den meisten Arbeitern nichts übrig als Hausstrunk zu bereiten, da die Lebensmittel und die Hausmiete noch immer steigen. Diejenigen, die eine reiche Ernte an Obst gemacht haben, können sich glücklich schätzen. In unserer Umgegend war das nicht der Fall. Deutzutage ist es nicht mehr notwendig, daß der Arbeiter auswandert, denn es ist überall dasselbe. Findet man etwas mehr Verdienst, so ist alles teurer. Das Sprichwort heißt: „Bleibe im Lande, und nähre dich redlich.“

Die Etatsberatungen im Bundesrat werden bereits in den nächsten Tagen beginnen; die größeren Etats werden dem Bundesrat in etwa 14 Tagen zugehen, so daß der Etat dem Reichstag in der ersten Dezember-Woche zugehen kann.

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung trat am Donnerstag in Breslau der Verband Deutscher Arbeitsnachweise zu seiner 6. Hauptversammlung zusammen. Der Vorsitzende Dr. Richard (Berlin) teilte in seiner Begrüßungsrede mit, daß in Wäldern ganz Deutschland mit einem engmaschigen Netz von Arbeitsnachweisen umzogen sein werde. Sei das gelungen, werde man auch an die weiteren Aufgaben gehen können, wie die Frage der Fürsorge für Arbeitslosigkeit. Namens des Reichskanzlers und des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern erklärte Geh. Regierungsrat Landmann: Es sind aus dem Kaiserlichen Dispositionsfonds Ihrem Verband 30 000 M überwiesen, und für Einstellung dieser Summe in den Etat ist Sorge getragen worden. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß die Reichsbehörden auch ihre weiteren Bestrebungen auf Verbesserung des Arbeitsmarktes nach Kräften unterstützen werden. (Lebh. Bravo.) Geh. Regierungsrat Neumann begrüßte den Kongress im Auftrag des Handelsministers. An erster Stelle sprach Dr. Kessler (Berlin) über: „Die einseitigen Arbeitsnachweise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Redner führte dabei aus, die Arbeitsnachweise der Arbeiter hätten sich ebenso wenig wie die der Arbeitgeber bewährt. Letzterer habe seine Aufgabe gerade nicht erfüllen können, Streiks zu verhüten, im Gegenteil, er habe sie zum Teil hervorgerufen oder doch die Gegenläufe verschärft.

Ein Kartellvertrag christlicher Bauarbeiter. Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands schloß mit dem Verband christlicher Bauhandwerker Belgiens einen Kartellvertrag ab. Die Mitglieder der Verbände sind danach verpflichtet, beim Verkehr aus dem einen in das andere Land der christlichen Berufsorganisationen desjenigen Landes beizutreten in dem sie länger als 14 Tage beschäftigt sind. Sind bei Streiks in Grenzorten Mitglieder mehrerer Landesorganisationen beieinander, so hat jede Organisation ihre Mitglieder auf Grund ihres Statuts zu unterstützen.

Ein außerordentlicher deutscher Hausbesitzertag wird am 13. November in Berlin zusammengetreten. Es werden Tausende von Hausbesitzern im Zirkus Schumann versammelt sein, um gegen die geplante Einführung einer Reichswertzuwachssteuer Protest einzulegen. In einer an den Bundesrat und an den Reichstag zu richtenden Petition soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Hausbesitzer durch direkte und indirekte Besteuerung schon außerordentlich belastet sind, selbst wohlhabende Hausbesitzer seien wegen der ungünstigen Geld- und Mietverhältnisse kaum imstande, ihren Verpflichtungen nachzukommen, eine Reichswertzuwachssteuer würde eine weitere ungeheure Schädigung der Hausbesitzer im Gefolge haben.

#### Oesterreich.

Deutschlands Haltung in der Anzeigensfrage. Der Ausschuß der österreichischen Delegation für auswärtige und Angelegenheiten Bosniens und der Herzegovina genehmigte den Bericht des Referenten Marquis Bacquehem über das Sud-

gal den Anzeigensfrage. Die Haltung Deutschlands in der Anzeigensfrage bezügliche Passus des Berichtes lautet: Deutschland ließ zu Anfang der Balkanwirren keinen Zweifel, daß es alle Konsequenzen aus dem Bündnis ziehe. Die bedeutende Entschlossenheit Deutschlands, die Monarchie nachdrücklich zu unterstützen, wirkte mächtig. Schon die erste Kundgebung des Fürsten Bülow über die Unerschütterlichkeit des Bündnisses und den hohen Ernst, mit dem Deutschland seine Bündnispflicht betrachte, machten in Europa großen Eindruck und festigten das Vertrauen in den Frieden. Deutschland ärgerte und schwankte nicht, um seine Bundesfreundschaft in vollstem Maße zu gewähren. Es stellte sich von Beginn der Krisis an vorbehaltlos auf unsere Seite und wollte keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es entschlossen sei, keine Zuzugung an uns stellen zu lassen, die mit der Würde der Monarchie unvereinbar gewesen wäre. Diese Haltung Deutschlands, die eine so hohe Auffassung der Bündnispflicht zeigte, wird bei uns unvergessen bleiben.

#### Frankreich.

Die Umgestaltung des Kabinetts Briand. Mit großer Spannung sieht man dem Verlauf der Interpellationsdebatte über den Eisenbahnerstreik, die am Freitag zum Abschluß gelangen soll, entgegen, da erst hierdurch bestimmte Anhaltspunkte über die Folgen der im Kabinett herrschenden Unstimmigkeiten zu erwarten sind. Die von der Agentur Havas mitgeteilte Erklärung Briands, daß die Regierung völlig solidarisch die Verantwortung für die getroffenen Maßregeln übernehme und daß keine Meinungsverschiedenheiten eingetreten seien, steht zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten in der Kammer im Gegensatz, erklärt sich aber aus dem Wunsch Briands, für die Dauer der Aussprache den Gegnern des Kabinetts keine Angriffspunkte zu bieten. Aus diesem Grund bestimmte er den Arbeitsminister Bibiani, der bereits am 6. Oktober seine Entlassung vorgelegt, dann aber wieder zurückgenommen hatte, vorläufig zumbleiben. Bibianis Rücktritt gleich nach Abschluß der Streit-Erörterung gilt gleichwohl als sicher. Die bestimmte erwarteten Personalveränderungen im Kabinett bilden den Gegenstand lebhaftester Erörterungen in den parlamentarischen Kreisen. Man hält es für nicht ganz unwahrscheinlich, daß Briand genötigt sein werde, eine radikale Umgestaltung seines Ministeriums, die einer Neubildung gleichkäme, vorzunehmen.

#### Portugal.

Millionenunterschleife in Lissabon. Aus Lissabon wird dem „Morning Leader“ telegraphiert, daß die Regierung in fast allen Ressorts Unterschleife entdeckt hat, die bereits jetzt zehn Millionen Mark übersteigen. Alle diese Veruntreuungen sollen während der Regierung des letzten Königs geschehen sein.

#### Balkanhalbinsel.

Neue Opfer in den türkischen Grenzlämpfen. Eine bulgarische Bande griff bei Sultanjetepi in der Umgebung von Kotschana aus dem Hinterhalt eine Militärabteilung an. Ein Soldat wurde erschossen und einer schwer verwundet. Bei der Verfolgung wurden drei Bulgaren getötet und zwei verwundet. In der Umgebung von Strumitza fand ein Kampf mit der Bande Tschernpajeffs statt, wobei zwei Bulgaren und ein Soldat getötet wurden. Eine griechische Bande wurde bei der Überschreitung der Grenze bei Pantaleimon in der Gegend von Katerina von einer Wache angegriffen, wobei vier Griechen getötet wurden. Bei der Verfolgung einer griechischen Bande bei Zboros auf Chalidil wurden drei Griechen und ein Soldat getötet. Ein Gendarm wurde schwer verletzt; 45 Bulgaren wurden, weil sie bulgarischen Banden Vorschub leisteten, in Ketten dem Kriegsgericht in Monastir eingeliefert.

Die persische Frage. Gegenüber den Meldungen über militärische Vorkehrungen an der türkisch-persischen Grenze wird in Kreisen der Hofe erklärt, daß die in der letzten Zeit erfolgte Erhöhung der Schutzwache des türkischen Konsulats in Sandshpulac die einzige Maßregel sei, die bisher getroffen wurde.

#### Die Maul- und Klauenseuche.

Zum Stand der Maul- und Klauenseuche in Deutschland wird berichtet, daß unser Viehbestand gegenwärtig einmal durch die Verbreitung vom Luchler Markt her und zweitens durch Einschleppung vom Ausland als verheert anzusehen ist. Die Einschleppung aus Rußland hat sich als sehr viel schwerer erwiesen, als bei dem sorgfältigen Grenzschutz anzunehmen war. Die starke Weiterverbreitung erklärt sich aus den gegenwärtig in

Ernte, Bestäubung, Verunreinigung, die verfügbaren Leute herangezogen werden. Die Statistik ergibt jedoch, daß im Durchschnitt auf je eine Gemeinde nur zwei verheerte Gehöfte fallen. Es beweist das, daß es gelungen ist, die Weiterverbreitung auch innerhalb der einzelnen Ortschaften zu verhindern. Gegenwärtig sind im Deutschen Reich 504 Gemeinden mit 1183 Gehöften von der Maul- und Klauenseuche befallen. Die größte Zahl fällt auf den Regierungsbezirk Braunschweig, es folgen Posen, Allenstein, Ostpreußen und Marienwerder. Auch in Sachsen, Baden, Braunschweig, Auland, Sachsen-Meinigen und ganz vereinzelte Fälle sind auch in Bayern zu verzeichnen. In Oesterreich kommen gegenwärtig auf 851 Gemeinden, 11 849 Gehöfte und in Ungarn auf 701 Gemeinden 18 000 Gehöfte, in denen die Seuche herrscht. Durch eine Interpellation der bayerischen Abgeordneten im niederösterreichischen Landtag wird bekannt, daß vermuthlich durch galizisches Schlachtwiech, welches auf dem Wiener Centralviehmarkt aufgetrieben wurde, die Maul- und Klauenseuche nunmehr auch nach Niederösterreich eingeschleppt worden ist. In zahlreichen Ortschaften Niederösterreichs im Norden und Südensiens ist die Klauenseuche ausgebrochen. Welchen riesigen Umfang die Seuche in Oesterreich-gewonnen hat, geht aus einer amtlichen Statistik hervor, nach welcher am 12. Oktober in 185 Bezirken, die sich auf sechs Kronländer verteilen, die Maul- und Klauenseuche festgestellt wurde. 851 Ortschaften mit 11 849 Gehöften mußten als verheert erklärt werden. Der Schaden, den die österreichische Landwirtschaft dadurch erleidet, ist ein ungeheurer!

#### Aus Stadt und Umgebung.

\* Bischofswerda, 28. Oktober. Über die Entwicklung und das Wirken der landwirtschaftlichen Kreisvereine im Königreich Sachsen im Jahre 1909 ist soeben Bericht erstattet worden. Die Zahl der den landwirtschaftlichen Kreisvereinen angeschlossenen Vereine ist von 826 auf 834 gestiegen, und die Mitgliederzahl wuchs von 88 892 auf 86 964. Davon entfallen auf den Kreisverein Dresden 190 Vereine mit 12 166 Mitgliedern, auf den Kreisverein Leipzig 90 Vereine mit 7084 Mitgliedern, auf den Kreisverein Chemnitz 318 Vereine mit 24 498 Mitgliedern, auf den Kreisverein Reichenbach (Bogtland) 127 Vereine mit 8900 Mitgliedern und auf den Kreisverein Bautzen 114 Vereine mit 14 888 Mitgliedern. In den fast ausschließlich aus Staatsmitteln gebildeten Dispositionsfonds der landwirtschaftlichen Kreisvereine leistete der Staat 1909 an Zuschüssen für den Kreisverein Dresden 38 614 M., für den Kreisverein Leipzig 37 074 M., für den Kreisverein Chemnitz 50 204 M., für den Kreisverein Reichenbach 26 162 M. und für den Kreisverein Bautzen 33 748 M., zusammen also 180 802 M., wovon verausgabt wurden vom Kreisverein Dresden 32 804 M., vom Kreisverein Leipzig 37 074 M., vom Kreisverein Chemnitz 49 821 M., vom Kreisverein Reichenbach 23 090 M. und vom Kreisverein Bautzen 31 759 M., zusammen 174 548 M. Der Einzelaufwand dieser Summen verteilt sich u. a. folgendermaßen: Die Befolgungen betragen in Dresden 11 968 M., in Leipzig 9700 M., in Chemnitz 10 675 M., in Reichenbach 10 800 M., in Bautzen 10 150 M. Weiter wurden aufgewendet für die Verbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse von Dresden 4308 M., von Leipzig 3909 M., von Chemnitz 3266 M., von Reichenbach 1119 M. und von Bautzen 1757 M. Für Feld- und Wiesenbau, sowie sonstiges Bauwesen verausgabten Dresden 8283 M., Leipzig 7268 M., Chemnitz 4449 M., Reichenbach 1514 M. und Bautzen 5378 M.

\* Bischofswerda, 28. Oktober. Landeslotterie. Am gestrigen 20. und letzten Ziehungstage der 5. Klasse der 158. Königl. Sächs. Landeslotterie fiel die Prämie von 300 000 M. mit dem zuletzt gezogenen höchsten Hauptgewinn von 5000 M., also insgesamt 305 000 M., auf Nummer 108 767 und zwar in die Kollektion von S. Jarmulowsky & Co., nach Leipzig.

\* Bischofswerda, 28. Oktober. Der Landesverband der Sealinhaber im Königreich Sachsen hatte sich in einer Eingabe an das Ministerium des Innern mit dem Ersuchen gewendet, daß an Stelle des durch den Toten Sonntag ausfallenden regulativmäßigen Langtages Ersatz gewährt wird, indem an einem der nachfolgenden Sonntage öffentlicher Lang abgehalten werden darf. Das Ministerium hat dem Verlangen entsprochen und die ihm unterstehenden Verwaltungsbehörden angewiesen, daß sie Erlaubnis für öffentlichen Lang am vierten Sonntag im November erteilen können. Besondere Erlaubnis ist hierzu nicht einzuholen.

genehme  
man aus  
schlecht ge  
Gaudsch  
Kernung  
immer bis  
Öffnen de  
material-  
wochenlang  
geschlaffen  
Luft mög  
nicht soll  
mer schnell  
Luft ange  
während d  
neben der  
Atmosphäre  
Röhren u  
kann. Die  
sauerstoff  
viel schnell  
unerschüt  
Lebenden  
das Herbe  
wenn wir  
entziehen  
und schnit  
Rothha  
Stelle des  
ten Herrn  
Herr Rog  
Giffelher  
wiesen wor  
Bautzen  
Gefreht  
der hiesige  
wurde der  
Amtshaupt  
behörde in  
Breslau  
heute nach  
ben und d  
um am S  
Im Laufe  
Reiter ein  
ladungen e  
Dresden  
für das R  
Staatsregi  
ten, in K  
der dem S  
aus dem d  
Vor Pa  
erscheinde  
St. Denis  
wird auch  
den Replis  
stark bejeht  
Ein Lan  
armee seit  
gung und  
Korps gebil  
Kriegen Pa  
mer nach de  
die aus dem  
unter dem  
stehende L  
schen Grenze  
Jastrow kon  
sagung von  
wille bestim  
welches dam  
marschieren  
Sang und R  
ber frangösi  
inbeten und  
reigen, daß  
erlöst waren  
fahren und  
König  
Prinz  
Friedrich  
Reg zu Ge  
nung, die n  
keinem Hof  
Ferner erhe  
ben deutscher  
Wolke, in d  
Berlin Likto  
folgenden K